

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Kritik der "guten Gründe"  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093775>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Peter Sager zum westeuropäischen Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion

# Kritik der «guten Gründe»

Zur Sache der Erdgasleitung aus Sibirien nach Westeuropa hat sich Peter Sager in ZB Nr. 6/1982 geäußert. Heute befasst er sich mit gängigen Argumenten, die man für dieses Grossprojekt ins Feld führt.

Am Beispiel des Projektes einer Erdgas-Rohrleitung vom sibirischen Tjumen-Erdölfeld nach Westeuropa lässt sich der dornenvolle Gegensatz zwischen kurzfristigen wirtschaftlichen und langfristigen politischen Interessen eindrücklich demonstrieren. Mit dieser Problematik hat sich jede Regierung zu befassen, in der offenen Gesellschaft aber auch das Volk. Zumal dieses nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch seine mehr oder weniger genau artikulierten und von den Medien mehr oder weniger richtig interpretierten Wünsche und Anliegen die Entscheidung der Staatsführung mitbestimmt und beeinflusst.

## Die Momentanität der materiellen Interessen

Im Falle des Jamal-Projektes liegen die kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsinteressen auf der Hand. Einerseits winken Erhaltung oder gar Schaffung von Arbeitsplätzen zur Ausführung von Aufträgen in der Grössenordnung von gut 2 Milliarden Dollar. Diesem Argument kommt angesichts noch wachsender Arbeitslosigkeit zweifellos ein Gewicht zu. Andererseits kann die

Energieversorgung diversifiziert und zumindest auf der Ebene der Erdgasversorgung besser gesichert werden. Auch dieses Bestreben ist nach dem Energieschock der siebziger Jahre und im Wissen um die Erschöpfung der niederländischen Erdgasvorkommen verständlich.

Es lässt sich allerdings vorstellen, dass mit Investitionen in solchen Grössenordnungen auch Energievorkommen andernorts entwickelt werden könnten, die gleichermassen Arbeitsplätze sichern würden, ohne Westeuropa in eine gefährliche Abhängigkeit zu manövrieren: in der Aegäis etwa und vor dem afrikanischen Festland.

Zwar sind auch diese Regionen — wie der Nahe Osten — politisch nicht als sicher und stabil einzustufen. Man wird dort in normalen Zeiten mit gelegentlich emotionalen Reaktionen und Verunsicherungen zu rechnen haben, die jedoch nicht von einer bedeutenden Machtposition aus erfolgen, sofern nicht schon die sowjetische Macht dahintersteht. Mit der Diversifizierung auf mehrere kleinere Quellen wäre dem Ziel grösserer Unabhängigkeit zudem besser gedient, und im Notfall wäre auf diese Liefergebiete zweifellos Verlass. Umgekehrt verhält es sich bei der Sowjetunion: Im Normalfall wird die

Energie vermutlich vertragsgemäss und durchaus zuverlässig geliefert werden, während diese Aussicht für einen westeuropäischen Notfall kaum gesichert ist.

Schliesslich ist denkbar, dass die Möglichkeit der Beschaffung beträchtlicher Erdgasmengen — 40 Milliarden Kubikmeter sollen es von 1985 an jährlich sein — die Entwicklung und Erschliessung alternativer Energiequellen in Westeuropa selbst verzögern könnte.

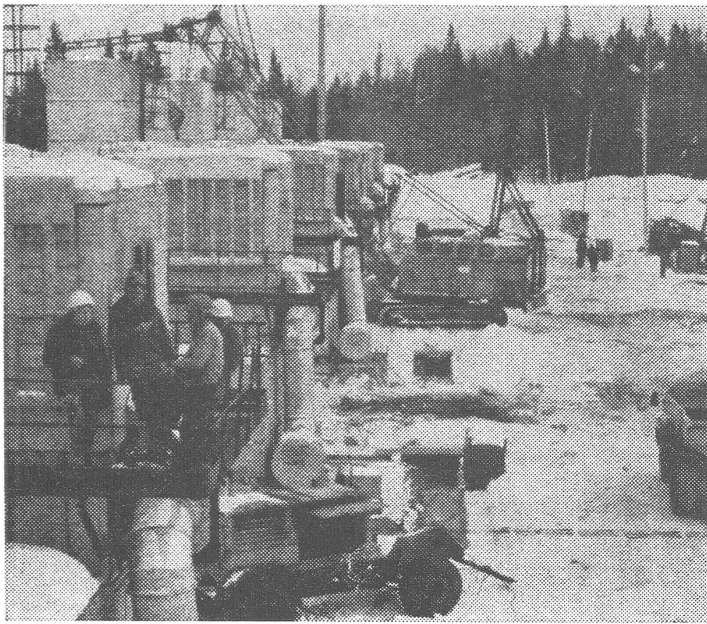
Gegen das Projekt sprechen zudem andere handfeste Gründe, die nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Zum einen die Einsicht, dass wir bereits in Abhängigkeit geraten wären, wenn das Geschäft aus Gründen der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen werden müsste. Zum andern, dass wir mit der angeblich breiteren Streuung der Energiebezüge eine grössere Energieabhängigkeit von der Sowjetunion begründen. Kein Zufall daher, dass die Sowjetpropaganda das Geschäft den Westeuropäern mundgerecht zu machen sucht, wie unter anderem auch unsere Illustration beweist. Diese Abhängigkeit darf wegen der politischen Zielsetzung Moskaus nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Zum dritten entfernen wir uns mit der kurzfristige-wirtschaftlichen



Schema der Erdgasleitung von Urengoi über Kasan und Ushgorod nach Wien, Bonn, Rom und Paris. «Literaturnaja gaseta», Moskau, 24. 2. 1982. Titelfrage: «Sibirisches Erdgas in Europa. Was bedeutet das?» Die medaillongeschmückten Antworten findet man rechts: «Neue Arbeitsplätze», «Energie und Rohstoffe für die Industrie», «Wärme für die Wohnungen».

Im zugehörigen Artikel spricht A. Aganbegjan, Sibirienspezialist der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, vom «Kontrakt des Jahrhunderts». Die Lieferverträge mit der BRD und Frankreich gereichten allen Beteiligten zum Vorteil. Die UdSSR würde, so betont der Autor, die benötigten Röhren und Spezialeinrichtungen auch selber produzieren können und sei nicht auf den Westen angewiesen, aber die Zusammenarbeit spare doch Zeit und Geld.



Kompressorstation an der sibirischen Erdgasleitung zwischen Urengoj und Petrowsk.

(Bilder: «Ogonjok», Moskau, Nr. 16/1982)

Ueberlegung zusehends von den Vereinigten Staaten als unserem bedeutendsten Alliierten, der den langfristig-politischen Aspekten — glücklicherweise — ihren grossen Stellenwert immer noch einräumt.

Eben diese Frage der atlantischen Spannungen soll nachfolgend eingehender untersucht werden.

### Die falsche Analogie zum amerikanischen Weizenhandel

Bundeskanzler Schmidt hat in einem Interview mit der «New York Times» die Meinung vertreten, die Sowjetunion könne mit den Deviseneinnahmen, die sich ab 1985 aus dem gesteigerten Erdgasverkauf an Westeuropa mit ungefähr 10 Milliarden DM jährlich berechnen lassen, die amerikanischen Weizenlieferungen bar bezahlen. Das ist — in Vertretung eigener Interessen — ein Seitenhieb unter Politikern, den man nicht auf die Goldwaage legen muss. Andererseits wird das Argument immer häufiger verwendet. Die «Basler Zeitung» (4. März 1982) beispielsweise bezeichnete dies als das schlagkräftigste europäische Argument gegen die amerikanischen Bedenken: «dass man in Europa keinen

Anlass sieht, auf das Erdgas-Röhrengeschäft zu verzichten, solange die USA ihre Getreideexporte in die Sowjetunion fortsetzen».

Der Vorwurf ist unüberhörbar, darum aber keineswegs berechtigt. Zunächst wäre festzuhalten, dass der Hinweis auf einen Fehler des einen denjenigen des andern nicht rechtfertigt. Sodann wäre anzumerken, dass die Vereinigten Staaten mit Weizenlieferungen nach der Sowjetunion längst nicht von Moskau abhängig werden; eine westeuropäische Energieabhängigkeit steht auf einem ganz andern Blatt. Ferner ist es Westeuropa, das unmittelbar vom sowjetischen Hegemonialanspruch bedroht ist, nicht Nordamerika.

Einmal abgesehen von diesen Ueberlegungen müssen wir den — wie gesagt — in Westeuropa immer häufiger geäusserten Vorwurf an und für sich untersuchen.

Er betrifft speziell das amerikanische Weizen-geschäft, ganz allgemein den Osthandel, und unterstellt den USA Doppelzüngigkeit. Auf dem Hintergrund des wachsenden Antiamerikanismus wird der Vorwurf mehr und mehr geglaubt. Trotzdem kann und müsste er auf seinen sachlichen Gehalt geprüft werden.

Was die Weizenverkäufe betrifft, sind einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

Kurz nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan am 29. Dezember 1979 beschloss Präsident Carter wirtschaftliche Massnahmen gegen die Sowjetunion, die auch ein Getreideembargo vorsahen. Am 6. Januar 1980 wurde der Terminhandel an den amerikanischen Getreidebörsen kurzfristig eingestellt. Davon war die Lieferung von 17 Millionen Tonnen Mais und Weizen betroffen. Das Embargo wurde von den USA durchgehalten, aber von Argentinien, Kanada und Australien durchkreuzt. Die Sowjetunion konnte sich 1980 rund 80 Prozent des von den USA benötigten Getreides auf anderen Wegen, auch durch die Schweiz besorgen. Immerhin hatte sie dafür rund 1 Milliarde Dollar mehr zu bezahlen.

Die Durchlöcherung des amerikanischen Embargos durch verbündete Drittländer hat dann Präsident Reagan veranlasst, das Exportverbot aufzuheben. Die Massnahme hatte sich als nicht genügend wirksam erwiesen.

Es ist jedoch die zweite Frage zu stellen: Wer hat falsch disponiert: die USA oder deren Alliierte? Die Antwort ist klar. Wären die andern grossen Weizenproduzenten und Händler dem amerikanischen Beispiel gefolgt, so hätte sich die Sowjetunion wesentlich grösseren Schwierigkeiten gegenübergesehen. Das ist im Falle der Getreidelieferungen von besonderer Bedeutung.

Vorab eine Präzisierung. Es kann und darf dem Westen nicht einfach darum gehen, der Sowjetunion Schwierigkeiten um blosser Schwierigkeiten willen zu bereiten. Damit muss vielmehr ein politisch und ethisch notwendiges und vertretbares Ziel verfolgt werden. Dieses Ziel besteht ganz allgemein darin, die Sowjetunion zum Verzicht auf ihre Eroberungspläne und Hegemonieabsichten zu zwingen. Im besonderen Fall des Weizenembargos geht es nicht darum, der Sowjetbevölkerung das tägliche Brot vorzuenthalten und sie in den Hunger zu stürzen.

Vielmehr soll Moskau dazu verhalten werden, die Militärausgaben zu drosseln, um die eigene Bevölkerung selber ernähren zu können. Das ist der unmittelbare Zweck.

Es gibt aber auch einen mittelbaren. Im Rahmen der kollektiven Planung und der aus Machtgründen erforderlichen bürokratischen Kontrolle hat die Landwirtschaft in ganz Osteuropa am meisten zu leiden. Sie erbringt darum das geringste Produkt. Dank der Getreideimporte kann Moskau dem Zwang entgehen, die eigene Landwirtschaft wesentlich zu liberalisieren, in welchem Fall sie nicht nur die eigene Bevölkerung zu ernähren vermöchte. Eine solche Liberalisierung bürge allerdings die Gefahr, dass am Anfang wohl die Landwirtschaft der totalitären Kontrolle entgleiten würden und dann langsam die gesamte Wirtschaft in diesen Sog geraten könnte. Darum bleibt die Landwirtschaft geknechtet.

Wir können dies erklären, zu entschuldigen vermögen wir es nicht. Denn darauf, dass die Sowjetunion einen aktiven Beitrag zur Welternährung erbringt, ist die ganze Welt zunehmend angewiesen. Heute würden vermutlich zwei amerikanische Missernten genügen, um eine Hungerkatastrophe von ungeahntem Ausmass herbeizuführen. Die Welternährung ist auf den nord- und südamerikanischen Trägern allein zu schwach abgestützt.



Eine Brigade von Rohrschweisern in Sibirien.

**«Ihr habt das Embargo nicht durchgehalten!» Aber warum?**

Ein ähnliches Bild ergibt sich im grösseren Zusammenhang des Osthändlerproblems. Von 1949 an haben die USA eine Embargoliste von strategischen Gütern vorgelegt, die nicht nach der Sowjetunion exportiert werden durften. Dies in der Absicht zu verhindern, dass der Westen die Stricke auch noch liefere, an denen er aufgeküpft werden könnte.

Unter dem Druck vor allem westeuropäischer Länder ist diese Liste bis zu ihrer Wirkungslosigkeit verkürzt worden. Wenn es nach den Amerikanern gegangen wäre, hätte sich Moskau weder die modernste Technologie noch so umfangreiche Westkredite beschaffen können, dank denen es in der Breschnew-Aera gelungen ist, der Sowjetunion die militärische Ueberlegenheit zu verschaffen.

Die westeuropäischen Regierungen haben die Embargoliste unter dem Druck des tatsächlichen oder vermeintlichen Verlangens nach noch höherem Lebensstandard durchlöchert, also nach kurzfristigen Nutzenüberlegungen entschieden. Mit dem langfristigen Ergebnis, der sowjetischen Machtposition, sind wir von jetzt an ernsthaft konfrontiert.

Natürlich hat die westeuropäische Wirtschaft davon profitiert. Eben dies hat die Vereinigten Staaten gezwungen, nachhinkend auch wieder in den Osthandel einzusteigen. Als Präsident Carter in den ersten Januartagen 1980 den Technologieexport nach der Sowjetunion erschwerte, sank der amerikanische Osthandel um mehr als die Hälfte.

Einmal mehr haben daraufhin die Westeuropäer die amerikanische Massnahme unterlaufen. Im Jahre 1980 nahm der Osthandel vieler westeuropäischer Länder um mehr als ein Drittel zu. Und erneut mussten die USA nachziehen: ihr Osthandel hat 1981 ebenfalls um mehr als ein Drittel zugenommen, während nun der westeuropäische stagniert. Diese Zunahme wurde in Europa vermerkt, ohne dass sie in den Zusammenhang des westeuropäischen Verhaltens gestellt worden wäre. So diente sie als weiteres Element der anti-amerikanischen Imagepflege. Tatsächlich aber lag der amerikanische Osthandel auch 1981 unter dem Niveau der späteren siebziger Jahre — im Gegensatz zum westeuropäischen.

In diesem Kontext wird ein anderes fragwürdiges Argument geäussert: Die Amerikaner täten sich gross mit ihrer Zurückhaltung im Osthandel, doch würden sie ihn über die westeuropäischen Niederlassungen amerikanischer Firmen abwickeln. Das trifft zu — und unterstreicht die Problematik westeuropäischer Politik. Denn die amerikanische Regierung ist zuständig für das amerikanische, nicht das europäische Territorium; anderes liesse sich mit unserer Vorstellung von Souveränität ja nicht vereinbaren. Die westeuropäischen Regierungen aber sind es, die dem Osthandel keine genügenden Beschränkungen auferlegt haben.

**Keine Mitteilung aus den USA?**

In einem Interview gegenüber der niederländischen Zeitung «Courant» hat Bundeskanzler

Schmidt erklärt, man habe bisher keine Mitteilung erhalten, dass die amerikanische Regierung gegen das Erdgasgeschäft eingestellt sei. Das entspricht nun keineswegs den Tatsachen. Aber die Bemerkung unterstreicht eine Problematik, die der westlichen, nicht jedoch der kommunistischen Welt eigen ist. Moskau befiehlt, und die Satelliten haben zu gehorchen.

Washington kann nicht befehlen. Wenn es nur schon seine Wünsche nachdrücklich bekunden würde, ginge das Geschrei vom amerikanischen Imperialismus los. Die USA können also bloss höflich warnen und vorsichtig Signale setzen. Diese Warnungen und Signale können dann immer noch als «keine Mitteilung» ausgegeben werden. Sachlich und haltbar ist das Argument darum nicht.

Tatsächlich haben die USA seit langer Zeit gewarnt. Aussenminister Haig gegenüber deutschen Gesprächspartnern: «Wir waren immer dagegen; unsere Bedenken dauern an.» Und in einer resignierenden Wendung sagte der stellvertretende Aussenminister Walter Stoessel Ende März: «Weiterhin darauf zu drängen, die Erdgasleitung zu stoppen, wäre wahrscheinlich aussichtslos und würde zu grosser Spannung im atlantischen Bündnis führen.» Somit sind die amerikanischen Mitteilungen an die Verbündeten nicht unterblieben, sondern bloss weggeschwemmt worden.

In breiteren politischen Kreisen der USA hat das zu einer Verdrossenheit geführt, die man schon im Klartext äussert.

Im Senat hat Ted Stevens die Frage aufgeworfen, warum die USA denn Europa weiterhin verteidigen sollten, wenn die Europäer doch willens seien, von der Sowjetunion immer abhängiger zu werden. Der Abgeordnete William Dickinson hat die «Laxheit» Westeuropas gegenüber der Sowjetunion bei gleichzeitig wachsendem Antiamerikanismus seinerseits zum Anlass genommen, die amerikanische Truppenanwesenheit in Europa zur Diskussion zu stellen. Und der Abgeordnete Bill Nichols sagt es bereits so: «Meiner Ansicht nach ist es an der Zeit, die Hunde zusammenzupfeifen und die Wagen zu packen.»

Gewiss: Noch ist das Zusammenpacken nicht die Losung der Regierung, und kurzfristig macht es den Anschein, als ob Europa gleichzeitig zum Fünfer und Weggli käme. Tatsächlich stehen die amerikanischen Truppen in Europa, derweil wir Millionen am Erdgasgeschäft verdienen. Aber langfristig? Wie lange werden es sich die Amerikaner gefallen lassen, weltweit die grössten Lasten für Verteidigung und Entwicklung zu tragen, während wir dem schnellen Rubel nacheilen?

**Die französische Ausrede Deutschlands**

Bundeskanzler Schmidt hat sich schliesslich darauf berufen, dass auch Frankreich den Erdgasvertrag unterzeichnet habe, und zwar nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen. Die französische Regierung rechtfertigte sich damit, dass man zwischen den politischen und wirtschaftlichen Aspekten in den Beziehungen mit der Sowjetunion unterscheiden müsse. Das allerdings tut die Sowjetunion keineswegs, und daran

ändert das französische Wunschenken keinen Deut.

Um eine Ausrede handelt es sich jedenfalls. Präsident Mitterrand hatte vergangenes Jahr unmissverständlich erklärt, dass im Falle einer sowjetischen Invasion in Polen Frankreich auf eine Reihe von Abkommen mit der Sowjetunion verzichten werde. Nachdem Mitte Dezember französische Firmen namhafte Aufträge im Zusammenhang mit dem Erdgasprojekt erhielten, änderte sich die Optik: Aussenminister Cheysson erklärte schon Anfang Januar am Radio bezüglich der Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion: «Wir dürfen uns nicht selber bestrafen.» Das ist bloss eine Umschreibung der bereits weit gediehenen Abhängigkeit von der Sowjetunion. Sie hat beachtliche Kritik in Frankreich hervorgerufen. Daraufhin versuchte das Elysée die Argumentation mit dem Hinweis zu retten, Frankreich dürfe sich nicht eines weiteren Mittels berauben, «um auf Moskau Druck auszuüben». Als ob es sich nicht um ein zusätzliches Mittel handelte, sich selber zusätzlichem Moskauer Druck auszusetzen.

Wenn der Westen in den Fällen von Ungarn 1956, CSSR 1968 und Polen 1981 keinen wirklichen Druck auf die UdSSR ausüben vermochte, so liegt das nicht zuletzt daran, dass die westeuropäischen Staaten in Fragen des Osthandels zu keiner ausreichenden Koordination unter sich und mit den USA kommen; entsprechende Vorschläge und Haltungen werden im Gegenteil immer wieder unterlaufen. Der Bezug auf Frankreich ist somit keine Stärkung der Argumentation von Deutschland.



Mit dieser kritischen Prüfung der Argumente, die für die Erdgas-Rohrleitung vorgebracht werden, sind die Argumente dagegen höchstens gestreift. In einem abschliessenden Beitrag werden wir diese auf dem Hintergrund der osteuropäischen Systemkrise näher untersuchen.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise (Inland)**  
Fr. 39.— jährlich  
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—  
Einzelnummer Fr. 2.—

**ZB-Auslandpreise**  
Fr. 42.—/DM 48.—  
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—  
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80